



Unterrichtungsvorlage

Vorlage-Nr.:	UV/0146/2013/1		Datum:	22.07.2013
Bürgermeisterin				
Verfasser:	50-Amt für Jugend, Familie, Senioren und Soziales	Az:	504401	
Gremienweg:				
12.09.2013	Stadtrat	<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mehrheitlich	<input type="checkbox"/> ohne BE
		<input type="checkbox"/> abgelehnt	<input type="checkbox"/> Kenntnis	<input type="checkbox"/> abgesetzt
		<input type="checkbox"/> verwiesen	<input type="checkbox"/> vertagt	<input type="checkbox"/> geändert
	TOP öffentlich	<input type="checkbox"/> Enthaltungen	<input type="checkbox"/> Gegenstimmen	
02.09.2013	Haupt- und Finanzausschuss	<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mehrheitlich	<input type="checkbox"/> ohne BE
		<input type="checkbox"/> abgelehnt	<input type="checkbox"/> Kenntnis	<input type="checkbox"/> abgesetzt
		<input type="checkbox"/> verwiesen	<input type="checkbox"/> vertagt	<input type="checkbox"/> geändert
	TOP nicht öffentlich	<input type="checkbox"/> Enthaltungen	<input type="checkbox"/> Gegenstimmen	
Betreff:	Unterrichtung über den Beschluss des Jugendhilfeausschusses zum Positionspapier "Jugendarbeit ist Pflichtaufgabe" des Landesjugendhilfeausschusses vom 25.02.2013			

Unterrichtung:

Der Stadtrat nimmt das Positionspapier „Jugendarbeit ist Pflichtaufgabe“ des Landesjugendhilfeausschusses vom 25.2.2013 zur Kenntnis.

In seiner Sitzung am 22.5.2013 hat der Jugendhilfeausschuss einstimmig folgenden Beschluss gefasst:

"Der Jugendhilfeausschuss der Stadt Koblenz nimmt das Positionspapier "Jugendarbeit ist Pflichtaufgabe!" zur Kenntnis und schließt sich dem Beschluss des Landesjugendhilfeausschusses für die Stadt Koblenz vollinhaltlich an.

Weiterhin bittet er das Positionspapier dem Haupt- und Finanzausschuss und Stadtrat zeitnah zur Kenntnis zu geben und seinen Beschluss dem Ministerium, Landesjugendamt und Städtetag zur Kenntnis zu geben."

Auf dieser Grundlage erfolgt die Kenntnisnahme im Haupt- und Finanzausschuss und im Stadtrat.

Auf den als Anlage 2 beigefügten Änderungsantrag der CDU-Ratsfraktion zur Sitzung des Stadtrates am 5.7.2013 und die Entscheidung des Stadtrates zur Verweisung der Angelegenheit in den Haupt- und Finanzausschuss wird hingewiesen.

Anlagen:

Anlage 1: Beschluss des Landesjugendhilfeausschusses vom 25.2.2013 „Jugendarbeit ist Pflichtaufgabe!“

Anlage 2: Änderungsantrag der CDU-Ratsfraktion

Historie:

- Einstimmiger Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 22.5.2013 (UV/0081/2013)

- Unterrichtung des Haupt- und Finanzausschusses am 24.6.2013 (UV/0146/2013)
- Sitzung des Stadtrates am 5.7.2013: Verweis in den Haupt- und Finanzausschuss mit Änderungsantrag der CDU-Fraktion